

# Ergebnisprotokoll

Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin

Vorsitz:

Staatssekretärin Dr. Herlind Gundelach  
Hessisches Ministerium für Umwelt,  
Landwirtschaft und Forsten

# Tagesordnung

1. **Genehmigung der Tagesordnung**
2. **Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik**
  - 2.1 Weitere Umsetzung des „Eckpunktepapiers für eine zukunftsfähige Agrar- und Verbraucherpolitik“  
(Hessen)
  - 2.2 Post-Nizza-Prozess „Zukünftige Kompetenzabgrenzung in der EU“  
(Niedersachsen)
  - 2.3 Notifizierungsverzögerung der EU-Kommission bei der Genehmigung von Länderprogrammen  
Auswirkungen auf den Förderungsvollzug  
- Sachstandsbericht des BMVEL -  
(Bayern)
  - 2.4 Gewährung der Schlachtprämie für 7 Monate alte Kälber  
(Bayern)
  - 2.5 Anwendung der vereinfachten Regelungen für EU-Prämien  
(sog. Kleinerzeugerregelung) - Sachstandsbericht des BMVEL -  
(Baden-Württemberg)
3. **Nationale Rahmenbedingungen der Agrarwirtschaft**
  - 3.1 Bewertung des Marktstrukturgesetzes - Sachstandsbericht BMVEL -  
(Beschluss der AMK Prenzlau - TOP 4.4)  
(BMVEL)
  - 3.2 Besteuerung von Biokraftstoffen  
(Brandenburg)
  - 3.3 Weinststeuer  
(Baden-Württemberg)

- 3.4 Einsetzung einer Bund-/Länderarbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Weingesetzänderung 2003/2004 (Rheinland-Pfalz)
- 3.5 BMVEL-Wettbewerb „Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft“ - Sachstandsbericht des BMVEL - (BMVEL)
- 3.6 Qualitätssicherungssysteme (QS) der Wirtschaft (Bund, CMA, DBV) Stand der Umsetzung - Sachstandsbericht des BMVEL - (Bayern)
- 3.7 Umsetzung des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ (Hessen)
- 3.8 Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) - Umsetzung des Beschlusses der AMK in Prenzlau vom 21.09.2001 (TOP 5.3) (Niedersachsen)
- 3.9 Pflanzenschutz – Beschleunigung des Inkrafttretens der 7. Verordnung zur Änderung der Rückstandshöchstmengenverordnung oder Festsetzung von vorläufigen Rückstandshöchstmengen

#### **4. Veterinärwesen / Verbraucherschutz**

- 4.1 Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes (Hessen)
- 4.2 Stand der Umsetzung des von Wedel Gutachtens (Mecklenburg-Vorpommern)
- 4.3 Einrichtung einer eigenständigen Verbraucherministerkonferenz - Sachstandsbericht des BMVEL - (Baden-Württemberg)
- 4.4 Kosten für die Untersuchung geschlachteter Rinder (älter als 24 Monate) auf BSE (Hessen)
- 4.5 Bundeseinheitliche Datenbank zur Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen (Sachsen-Anhalt)
- 4.6 Handelshemmende Maßnahmen amerikanischer Behörden gegenüber zugelassenen Fleischlieferbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland (Niedersachsen)

- 4.7 Impfpolitik bei der Tierseuchenbekämpfung  
- Sachstandsbericht des BMVEL -  
(Baden-Württemberg)
- 4.8 Bilaterale Veterinärabkommen zwischen Deutschland und  
Importländern von Zuchtrindern  
(Schleswig-Holstein)

**5. Verschiedenes**

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

**Beschluss:**

Die Tagesordnung wird um den von Niedersachsen vorgelegten TOP 3.9 erweitert.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 2.1 Weitere Umsetzung des „Eckpunktepapiers für eine zukunfts-  
fähige Agrar- und Verbraucherpolitik“**

**Beschluss:**

Die Amtschefkonferenz verweist auf den Beschluss der AMK vom 21.09.2001 in Prenzlau und bittet das BMVEL, die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung des deutschen Standpunktes zum midterm-review und zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik möglichst bald einzuberufen, damit so rasch wie möglich eine Konzeption vorgelegt werden kann. Die Arbeitsgruppe erhält auch den Auftrag, eine Zwischenbilanz der bereits erfolgten Schritte zur Umsetzung des Beschlusses der AMK/UMK vom 13.06.2001 zu erarbeiten.

Eine erste Erörterung soll in der nächsten AMK in Bad Nauheim erfolgen.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 2.2: Post-Nizza-Prozess „Zukünftige Kompetenzabgrenzung in der EU“**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den von der länderoffenen Arbeitsgruppe vorgelegten Bericht zur zukünftigen Kompetenzabgrenzung in der EU für den Bereich der Agrarpolitik und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes zur Kenntnis.
2. Sie empfehlen den Agrarministerinnen und –ministern, Senatorinnen und Senatoren per Umlaufbeschluss die ab Ziffer 33 des Berichts dargelegten Forderungen zur Kompetenzabgrenzung im Bereich der Agrarpolitik und des gesundheitlichen Verbraucherschutzes als gemeinsame Position festzulegen und der Europaministerkonferenz zur Übernahme zu empfehlen.

**Protokollerklärung Baden-Württemberg und Bayern:**

BW und BY treten dafür ein, dass die bisherigen obligatorischen und freiwilligen Leistungen der europäischen Agrarpolitik auf möglichst hohem Niveau, abgesichert in dem künftigen WTO-Regelwerk, erhalten bleiben.

Dazu soll vor allem ein deutlich stärker dezentralisiertes System der Finanzverantwortung und Kompetenzverteilung zwischen den politischen Ebenen wesentliche Beiträge leisten.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 2.3      Notifizierungsverzögerung der EU-Kommission bei der Genehmigung von Länderprogrammen  
Auswirkungen auf den Förderungsvollzug  
- Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zur Kenntnis. Sie bitten den Bund, weiterhin nachdrücklich auf eine beschleunigte Behandlung und Entscheidung bei der EU-Kommission hinzuwirken.

Der Bund wird darüber hinaus gebeten, Initiativen gegenüber der EU-Kommission bezüglich der Änderung der Verfahrensabläufe bei der Genehmigung von Länderprogrammen zu ergreifen, um die vorstehenden Ziele zu erreichen und damit der Einhaltung des Gemeinschaftsrechts Rechnung zu tragen.

Der Bund legt einen ersten Zwischenbericht zur AMK in Bad Nauheim vor.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 2.4 Gewährung der Schlachtprämie für sieben Monate alte Kälber**

**Beschluss:**

Um den Verwaltungsvollzug zu erleichtern, sollte die Ratsverordnung dahingehend angepasst werden, dass auch die Schlachtprämie für Kälber für sieben Monate alte Tiere gewährt wird.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 2.5 Anwendung der Vereinfachten Regelung für EU-Prämien (sog. Kleinerzeugerregelung) - Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.1 Bewertung des Marktstrukturgesetzes  
- Sachstandsbericht BMVEL -  
(Beschluss der AMK Prenzlau - TOP 4.4)**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefkonferenz nimmt den Zwischenbericht des BMVEL über die bisher geleisteten Arbeiten der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Kenntnis.
2. Die Amtschefkonferenz erwartet, dass die Bund-Länder-Arbeitsgruppe rechtzeitig vor der nächsten Agrarministerkonferenz den Mitgliedern der AMK einen schriftlichen Abschlussbericht ggf. mit Eckpunkten einer Novelle des Marktstrukturgesetzes vorlegt.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.2      Besteuerung von Biokraftstoffen**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, alle Möglichkeiten der politischen Einflussnahme auszuschöpfen, um der von der EU vorgesehenen Besteuerung von Biokraftstoffen entgegenzutreten.
2. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, die gezielte Förderung des Einsatzes von Biokraftstoffen hinsichtlich ihrer Verstärkung und Ausweitung, auch auf die Erzeugung und den Einsatz von Ethanol, zu prüfen und bei der nächsten AMK in Bad Nauheim zu berichten.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.3      Weinsteuern**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten das BMVEL, sich weiterhin mit Nachdruck gegen die Einführung einer Weinsteuern (Erhöhung der bestehenden Nullsteuer) einzusetzen.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.4 Einsetzung einer Bund-/Länderarbeitsgruppe zur Vorbereitung  
einer Weingesetzänderung 2003/2004**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder bitten den Bund, möglichst kurzfristig zur Vorbereitung der Änderung des Weinrechts eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des Bundes einzuberufen, die Textvorschläge für ein Änderungsgesetz zum Weingesetz unterbreitet.

Erste Ergebnisse sollen der AMK in Bad Nauheim vorgelegt werden.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.5      BMVEL-Wettbewerb „Regionen aktiv - Land gestaltet Zukunft“  
- Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.6      Qualitätssicherungssysteme (QS) der Wirtschaft  
(Bund, CMA, DBV)  
Stand der Umsetzung - Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Bericht des BMVEL zur Kenntnis.

Der Bund wird bis Ende Februar 2002 für die AMK in Bad Nauheim einen weiteren schriftlichen Bericht erstellen; danach wird vom Bund im Benehmen mit dem Vorsitzland entschieden, ob ggf. Gesellschafter der QS GmbH oder andere Vertreter zur Frühjahrs-AMK für einen Meinungsaustausch hinzugeladen werden.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.7 Umsetzung des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Sachstandsbericht des Bundes zur Kenntnis.

Sie verweisen in diesem Zusammenhang nochmals auf die Beschlusslage der AMK Prenzlau zu diesem Themenkomplex.

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder erwarten, dass die Problematik der Akkreditierung im vorzulegenden Entwurf des Ökolandbaugesetzes Berücksichtigung findet.

**Protokollerklärung Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen, Hessen und Sachsen:**

Bestandteil der Konzeption sollte eine Finanzvorschau sein, die Aufschluss gibt, welche Belastungen ggf. auf die Haushalte von Bund und Ländern zukommen, wenn das politische Ziel der Bundesregierung, einen Anteil von 20 % Öko-Landwirten zu erreichen, umgesetzt wird.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.8      Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft)  
- Umsetzung des Beschlusses der AMK vom 21.09.2001**

**Kein Beschluss**

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 3.9 Pflanzenschutz – Beschleunigung des Inkrafttretens der  
7. Verordnung zur Änderung der Rückstands-Höchstmenge-  
verordnung oder Festsetzung von vorläufigen Rückstands-  
Höchstmengen**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten das BMVEL auf ein schnellstmögliches Inkrafttreten der 7. Verordnung zur Änderung der Rückstands-Höchstmengeverordnung hinzuwirken oder dafür Sorge zu tragen, dass der Zulassungsbehörde vorläufige Rückstands-Höchstmengen zur Verfügung gestellt werden.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.1 Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefkonferenz nimmt den Zwischenbericht des BMVEL zur Kenntnis.
2. Bei der Neuordnung der Länder- bzw. Bund-Länder-Gremien im gesundheitlichen Verbraucherschutz, ist auf eine klare Zuweisung von Verantwortlichkeiten und eine transparente Struktur zu achten. Darüber hinaus muss Ausgangspunkt aller Überlegungen die grundgesetzliche Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern sein.
3. Die Amtschefkonferenz ist der Auffassung, dass bei der Verwirklichung des Beschlusses der Agrarministerkonferenz vom 21. September 2001 in Prenzlau zur Gründung einer Task Force zur Tierseuchenbekämpfung auf Bund-Länder-Ebene (TOP 6.6) folgende Grundsätze zu beachten sind:
  - Die Task force dient der Unterstützung der Landeskrisenzentren, hat beratenden Charakter und
  - dient der länderübergreifenden Koordinierung der Tierseuchenbekämpfung.

Es wird vordringliche Aufgabe sein, in der Kompetenz der Länder eine Struktur zu finden, die eine zentrale Erfassung von Personalressourcen der Länder leistet, die im Krisenfall bereitgestellt werden können und die ein effizientes zentrales Kontraktmanagement vorbereitet.

4. Unter Einbeziehung des noch zu erarbeitenden Vorschlages der Konferenz der für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständigen obersten Landesbehörden, soll in der AMK Bad Nauheim eine Entscheidung über die Gremienarchitektur getroffen werden.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.2      Stand der Umsetzung des von Wedel-Gutachtens  
- Sachstandsbericht des BMVEL -**

**siehe Beschluss zu TOP 4.1**

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.3      Einrichtung einer eigenständigen Verbraucherministerkonferenz  
- Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Sachstandsbericht des BMVEL zur Kenntnis.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.4 Kosten für die Untersuchung geschlachteter Rinder  
(älter als 24 Monate) auf BSE**

**Beschluss:**

1. Die Länder stellen fest: Der Lebensmittelmarkt hat bewirkt, dass die Kosten für die BSE-Untersuchungen von Schlachtrindern im Wesentlichen von den Landwirten getragen werden und nicht in die Verbraucherpreise eingehen. Selbst die Reduzierung der Testkosten wurde von den Schlachtunternehmen nicht an die Landwirtschaft weitergegeben. Sie appellieren an die Schlachtunternehmen, den Landwirten die reduzierten Kosten zu gute kommen zu lassen.
2. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder verweisen auf die bisherigen Forderungen der Ministerpräsidentenkonferenzen, der Agrarministerkonferenzen sowie der Konferenzen der für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zuständigen Ministerinnen, Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder zur Übernahme eines maßgeblichen Anteils der BSE-Test-Kosten durch den Bund.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.5 Bundeseinheitliche Datenbank zur Etikettierung von Rindfleisch  
und Rindfleischerzeugnissen**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefkonferenz erteilt einen Prüfauftrag an den Koordinierungsausschuss HIT beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, inwiefern die Nutzung der bestehenden HIT-Datenbank für die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen geeignet erscheint.
2. Die Amtschefkonferenz bittet einen Vertreter des Koordinierungsausschusses HIT beim Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten um einen Bericht zum Prüfergebnis auf der nächsten AMK.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.6      Handelshemmende Maßnahmen amerikanischer Behörden gegen-  
über zugelassenen Fleischlieferbetrieben in der Bundesrepublik  
Deutschland**

**Beschluss:**

Die amerikanischen Behörden erheben in jüngster Zeit gegenüber den in der Bundesrepublik Deutschland für den Export in die USA zugelassenen Fleischlieferbetrieben und den für die Überwachung dieser Betriebe zuständigen Behörden unangemessene und handelshemmende Forderungen, die gegen das Gleichwertigkeitsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Jahr 1998 verstoßen. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, die EU-Kommission darüber zu unterrichten und auf Einhaltung des Abkommens zu drängen.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.7    Impfpolitik bei der Tierseuchenbekämpfung  
- Sachstandsbericht des BMVEL -**

**Beschluss:**

1. Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder nehmen den Sachstandsbericht des BMVEL zur Kenntnis.
2. Die Amtschefkonferenz ist der Auffassung, dass von der EU-Kommission so rasch wie möglich ein EU-weites geschlossenes System von Vorbeuge- und Bekämpfungsmaßnahmen einschließlich Impfung erarbeitet werden sollte, damit die Tierbestände wirksam von MKS geschützt werden. Der Bund wird weiterhin gebeten, mit Nachdruck darauf hinzuwirken, dass die EU-Kommission kurzfristig einen Änderungsvorschlag zur MKS-Richtlinie vorlegt. Darin sollte auch geregelt sein, wie künftig mit geimpften Tieren zu verfahren ist.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 4.8      Bilaterale Veterinärabkommen zwischen Deutschland und Import-  
ländern von Zuchtrindern**

**Beschluss:**

Die Amtschefinnen und Amtschefs der Länder bitten die Bundesregierung, sich aktiv für die Wiederöffnung traditioneller Absatzmärkte für Zuchtrinder und entsprechendes Zuchtmaterial einzusetzen. Insbesondere sollten mit den wichtigsten Importländern kurzfristig bilaterale Veterinärabkommen abgeschlossen werden.

**Amtschefkonferenz  
am 10. Januar 2002  
in Berlin**

**TOP 5      Verschiedenes**

**Ergänzung der Geschäftsordnung der Agrarministerkonferenz  
(vom BMVEL noch zu erarbeitende Berichte)**

- 4.2    Vorschläge zur Tagesordnung müssen spätestens drei Wochen vor der Sitzung der AMK dem vorsitzführenden Land mitgeteilt werden. Die Beschlussunterlagen und Berichte müssen allen Mitgliedern der AMK spätestens zwei Wochen vor der Sitzung in schriftlicher Form zur Verfügung stehen. In die Tagesordnung werden die Tagesordnungspunkte aufgenommen, die von den Mitgliedern der AMK frist- und formgerecht angemeldet worden sind. ...“

Im Anschluss an Ziffer 4.2 werden folgende Sätze angefügt:

Sofern der Vorschlag eines Landes eine Berichterstattung des Bundes bezweckt, gilt Satz 2 für diese Berichte nur, wenn dies dem Bund spätestens 4 Wochen vor der Sitzung der AMK schriftlich angekündigt wurde. Bei späterer Ankündigung kann der Bund den Bericht mündlich erstatten und binnen 3 Wochen nach der Sitzung in schriftlicher Form nachliefern.

**Anlässlich der AMK in Bad Nauheim soll über diese Ergänzung endgültig befunden werden.**

